



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 30.11.2021**

öffentlich

Ort: **Konzerthalle Ulrichskirche
Christian-Wolff-Straße 2
06108 Halle (Saale)**

Zeit: **17:00 Uhr bis 19:33 Uhr**

Anwesenheit: **siehe Teilnahmeverzeichnis**

Anwesend waren:

Mitglieder

Christian Feigl	Ausschussvorsitzender Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Vertreter für Frau Dr. Wünscher Teilnahme bis 17.20 Uhr
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Teilnahme ab 17.20 Uhr
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger & Die PARTEI Teilnahme ab 17.12 Uhr
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) Teilnahme von 17.20 Uhr bis 19.00 Uhr
Helge Dreher	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kautz	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kresse	Sachkundiger Einwohner
Michael Sprung	Sachkundiger Einwohner Teilnahme bis 19.00 Uhr
Dr. Thomas Vetter	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Angelika Foerster	Leiterin Fachbereich Mobilität
Simone Trettin	Leiterin Team Freiraumplanung
Ann-Kristin Georg	Leiterin Team Städtebauliche Projektentwicklung
Waldemar Roesler	Leiter Team Verkehrsentwicklung und Nahverkehr
Thomas Braunschweig	Stadtplaner
Christin Blaßfeld	stellvertretende Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Herr Dirk Gernhardt	Sachkundiger Einwohner
Christian Hartwig	Sachkundiger Einwohner
Manfred Sommer	Sachkundiger Einwohner
Jason Koch	Sachkundiger Einwohner

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Feigl**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Planungsangelegenheiten fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Feigl wies auf eine Dringlichkeitsvorlage hin und bat um Abstimmung zur Aufnahme dieser auf die Tagesordnung:

Verwendung der Mittel gemäß § 8 und § 9 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt (ÖPVNG LSA) für das Jahr 2022, die Höhe der Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die Mehraufwendungen im Stadtbahnprogramm
Vorlage: VII/2021/03345

Abstimmungsergebnis:

2/3 Mehrheit erreicht

8 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Herr Feigl wies außerdem auf folgende Ergänzungen hin:

TOP 4.1

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier Tuchrähmen/
Mansfelder Straße – Aufstellungsbeschluss

Vorlage: VII/2021/02452

- ➔ hierzu liegen drei Änderungsanträge vor:
- ➔ Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter TOP 4.1.1 (neue Version)
- ➔ Änderungsantrag der SPD-Fraktion unter TOP 4.1.2
- ➔ Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE unter TOP 4.1.3

TOP 4.2

Baubeschluss Fluthilfemaßnahme HW261 Saale-Radwanderweg Pulverweiden -
Rabeninselbrücke

Vorlage: VII/2021/03117

- ➔ hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor:
- ➔ Änderungsantrag der SPD-Fraktion unter TOP 4.2.1
- ➔ Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter TOP 4.2.2

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung, sodass **Herr Feigl** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis:**einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 10.11.2021
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier Tuchrähmen/ Mansfelder Straße - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2021/02452
 - 4.1.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier Tuchrähmen/ Mansfelder Straße – Aufstellungsbeschluss" (VII/2021/02452)
Vorlage: VII/2021/03371
 - 4.1.2. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier Tuchrähmen/ Mansfelder Straße - Aufstellungsbeschluss (Vorlagen-Nummer: VII/2021/02452)
Vorlage: VII/2021/03440
 - 4.1.3. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier Tuchrähmen/ Mansfelder Straße - Aufstellungsbeschluss (VII/2021/02452)
Vorlage: VII/2021/03452
 - 4.2. Baubeschluss Fluthilfemaßnahme HW261 Saale-Radwanderweg Pulverweiden - Rabeninselbrücke
Vorlage: VII/2021/03117
 - 4.2.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage „Baubeschluss Fluthilfemaßnahme HW261 Saale-Radwanderweg Pulverweiden – Rabeninselbrücke“ (VII/2021/03117)
Vorlage: VII/2021/03433
 - 4.2.2. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum "Baubeschluss Fluthilfemaßnahme HW261 Saale-Radwanderweg Pulverweiden – Rabeninselbrücke" (VII/2021/03117)
Vorlage: VII/2021/03453
 - 4.3. Satzung über die teilweise Aufhebung des Sanierungsgebietes Nr. 2
Vorlage: VII/2021/03244
 - 4.4. Verlängerung der Sanierungssatzung Nr. 2 im Teilgebiet B
Vorlage: VII/2021/03246
 - 4.5. Verwendung der Mittel gemäß § 8 und § 9 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt (ÖPVNG LSA) für das Jahr 2022, die Höhe der Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die Mehraufwendungen im Stadtbahnprogramm
Vorlage: VII/2021/03345

5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Radverkehrssituation im Kreuzungsbereich Paul-Suhr-Straße / Freyberger Straße / Karlsruher Allee
Vorlage: VII/2021/03202
 - 5.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur schrittweisen Integration von smarter Beleuchtung im öffentlichen Raum
Vorlage: VII/2021/03204
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Aktueller Stand Straßenbauprojekte
 - 7.2. Vertiefungsbereiche Strukturkonzepte Silberhöhe
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift 10.11.2021
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
15. Beantwortung von mündlichen Anfragen
16. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 10.11.2021

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 10.11.2021.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 **Beschlussvorlagen**

**zu 4.1 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier
Tuchrähmen/ Mansfelder Straße - Aufstellungsbeschluss****
Vorlage: VII/2021/02452

zu 4.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur**
Beschlussvorlage "Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und
Geschäftsquartier Tuchrähmen/ Mansfelder Straße –
Aufstellungsbeschluss" (VII/2021/02452)
Vorlage: VII/2021/03371

zu 4.1.2 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage**
Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier
Tuchrähmen/ Mansfelder Straße - Aufstellungsbeschluss (Vorlagen-
Nummer: VII/2021/02452)
Vorlage: VII/2021/03440

zu 4.1.3 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum**
Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier
Tuchrähmen/ Mansfelder Straße - Aufstellungsbeschluss (VII/2021/02452)
Vorlage: VII/2021/03452

– Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion MitBürger & Die PARTEI erfolgt zu diesen Tagesordnungspunkten ein Wortprotokoll –

Herr Feigl

Und wir kommen zu den Beschlussvorlagen: 4.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier Tuchrähmen/ Mansfelder Straße – Aufstellungsbeschluss.

Bevor ich Ihnen das Wort gebe, ich würde ganz gerne meine Rolle als Vorsitzender verlassen, habe aber das Problem, dass meine Stellvertreterin nicht anwesend ist.

Herr Rebenstorf

Dann müssen Sie jemand anderes fragen.

Herr Feigl

Frau Krimmling-Schoeffler meldet sich und würde das übernehmen. Danke dafür.
Dann begeben Sie mich in den Zuschauerraum.

Frau Krimmling-Schoeffler

So, vielen Dank.

Herr Rebenstorf darf beginnen.

Herr Rebenstorf

Ich wollte nur darum bitten, meine sehr geehrten Damen und Herren, da noch zwei neue Änderungsanträge gegenüber dem letzten Mal hinzugekommen sind, dass die eingebracht werden, dass die vorgestellt werden. Die Verwaltung hat erwartungsgemäß jetzt noch keine schriftliche Antwort vorgelegt, weil der eine auch erst ganz kurz heute kam. Ich könnte aber

gegebenenfalls den ein oder anderen Hinweis geben, wohin die Verwaltung aktuell tendiert. Aber meine Bitte ist, und Herr Feigl wird ja den leicht veränderten Änderungsantrag, den Sie beim letzten Mal hatten, deswegen sitzen Sie ja jetzt da, dann auch einbringen. Also deswegen, Frau Krimmling-Schoeffler, jeden einzelnen Änderungsantrag aufrufen und vorstellen lassen. Danke.

Frau Krimmling-Schoeffler

Herr Eigendorf hatte sich jetzt schon gemeldet. Dann würde ich ihn sozusagen als erstes drannehmen und dann Herrn Schied.

Herr Eigendorf

Vielen Dank.

Frau Vorsitzende, Herr Vorsitzender, Herr Beigeordneter, liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir vielleicht zu Anfang, bevor ich zum Änderungsantrag meiner Fraktion spreche, erstmal etwas zum Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu sagen.

Wir finden es gut, dass Sie den Änderungsantrag so angepasst haben, dass zum einen eine punktweise Abstimmung möglich ist, zum anderen haben Sie den Änderungsantrag ja aber auch inhaltlich an dem ein oder anderen Punkt angepasst. Auch das begrüßen wir und ich kann für meine Fraktion erklären, dass wir insbesondere den Punkten, die bei Ihnen unter den Buchstaben b und wenn ich mich recht erinnere Buchstabe d laufen, dass wir dem folgen können und hier Ihre Intension auch teilen.

Nun zum Änderungsantrag meiner Fraktion. Sie haben ihn gesehen. Er war den Fraktionen ja auch schon mit dem gestrigen Tage bekannt, nachdem wir uns dazu verabredet haben, den zu stellen. Dieser Änderungsantrag verfolgt, das wissen Sie, das gemeinsame Ziel, das wir auch im wohnungspolitischen Konzept festgeschrieben haben, dass wir mehr bezahlbaren Wohnraum in der Stadt schaffen wollen. Unser Änderungsantrag ist der Versuch, in Folge eines Austauschs mit den Beteiligten einen Mittelweg zwischen dem zu finden, was wünschenswert ist und was wir wollen und auf der anderen Seite dem, was aus rechtlicher Sicht, was aus wirtschaftlicher Sicht machbar ist. Wenn man einen Beleg dafür sucht, wie wichtig das Thema ist, dann steht da, glaube ich, auch der Änderungsantrag, den die Kolleginnen und Kollegen von DIE LINKE eingebracht haben, Pate für das Interesse.

Ich kann vielleicht an der Stelle schon mal den Wunsch formulieren, dass wir in Richtung des Stadtrates an eine Stelle kommen, an der aus den zwei Änderungsanträgen einer wird, weil ich glaube, dass wir inhaltlich da sehr nah beieinander sind. Wir müssen nochmal über die genaue Ausgestaltung diskutieren, aber das Ziel eint uns. Ich glaube, hier ist es gut möglich, was zu finden und was möglich zu machen, auch was möglich zu machen, was wir nicht unbedingt gegen die Investorinnen und Investoren, die Projektentwickler durchdrücken müssen. Weil Sie erinnern sich, dass ja bereits bei der ersten Einbringung dieses Projektes klargemacht wurde, dass auch Seitens der Projektentwickler das Interesse besteht, die sozialen Auswirkungen mit im Blick zu haben und sozialen Wohnraum zu schaffen und natürlich werden wir sie an den Worten auch messen. Insofern bin ich da ganz zuversichtlich, dass hier etwas klappt.

Herr Rebenstorf, Sie haben gesagt, Sie würden nochmal Hinweise geben. Die nehmen wir sehr, sehr gerne entgegen. Insbesondere bei der Frage, wie genau wir es ausgestalten. Es gibt zwei Wege, die wir ja sozusagen unterschiedlich vorschlagen.

Herr Schied, Ihre Fraktion schlägt ja den Weg eines städtebaulichen Vertrages vor. Wir schlagen vor, einen Durchführungsvertrag zu machen. Wie am Ende des Tages wir das machen, da sind wir, glaube ich, auch drauf angewiesen, dass die Verwaltung uns klar kommuniziert, welche Möglichkeiten sie sieht.

Was uns nur wichtig ist – ich glaube, das eint uns an der Stelle auch – dass wir nicht mit einer Selbstverpflichtung arbeiten oder mit irgendwas Lockerem, was im Raum steht, sondern dass wir schon die Möglichkeit finden, eine vertragliche Bindung da zu machen.

Und deswegen möchte ich an der Stelle nicht nur um die Zustimmung zu unserem Antrag bitten, und zu dem dann hoffentlich später entstehenden gemeinsamen Antrag, sondern auch den klaren Wunsch an die Stadtverwaltung formulieren, dass Sie hier gerne nochmal auch mit einer rechtlichen Einordnung bis zum Stadtrat einen Hinweis geben, damit wir die Möglichkeit schaffen können, das rechtssicher zu machen. Weil ich glaube, es ist jetzt eines der ersten Projekte, in dem wir in der Art und Weise so operieren und ich möchte in dem Zusammenhang auch die Hoffnung formulieren, dass das jetzt nicht etwas Einmaliges bleibt, sondern dass wenn wir jetzt hier einmal das schaffen in Zusammenarbeit mit den Investoren, mit der Stadtverwaltung, mit dem Rat rechtssicher so eine Festsetzung zu treffen, dass das dann auch für all die folgenden Projekte, die in den kommenden Monaten auf uns zukommen, gewissermaßen eine Blaupause wird.

Deswegen wird es wichtig, dass wir hier auch sauber, gerade rechtlich sauber arbeiten und da sind wir vor allem auf Ihre Unterstützung, auf die Unterstützung der Stadtverwaltung angewiesen, was die rechtlichen Hinweise angeht und dem sehe ich freudig entgegen.

Vielen Dank.

Frau Krimmling-Schoeffler

Vielen Dank, Herr Eigendorf.

Dann würde ich jetzt Herrn Schied erstmal das Wort geben.

Herr Schied

Ja, vielen Dank, Herr Eigendorf.

Sie haben ja unseren Antrag jetzt praktisch schon mit eingeführt mehr oder weniger. Unserer ist ein bisschen weitergehender. Die Frage ist, wie wir das dann rechtlich absichern. Ja, es ist vielleicht eine Detailfrage, die wir dann klären müssten. Aber ein Durchführungsvertrag ist auch bloß eine Sonderform eines städtebaulichen Vertrages. Gut okay, darüber brauchen wir uns jetzt nicht weiter... Ich bin eh kein Jurist.

Unser Antrag geht ein bisschen weiter als der Ihre. Unserer fußt eigentlich auf dem, was wir mal im Stadtrat beschlossen haben: Ein wohnungspolitisches Konzept. Und ich muss mal sagen, das wohnungspolitische Konzept ist ja eigentlich, also die Festlegungen, die da getroffen sind, sind ja im Endeffekt schon ein Kompromiss, den wir gefunden haben zwischen den verschiedenen Fraktionen.

Von daher denke ich, die 20 % über KdU für 20 % der Wohneinheiten bei größeren Bauprojekten, das haben wir im Stadtrat mal so festgelegt. Das ist ja eine Zahl, die abhängig ist von der jeweiligen Situation in der Stadt. Wir denken, dass das nicht unangemessen ist.

Nun ist in dem Ganzen immer so eine, haben wir verschiedene Sachen, die wir abwägen. Wenn wir dort verdichten... Wir stimmen eigentlich grundsätzlich einer Verdichtung zu, weil es ist immer eine Abwägung über Verdichtung oder lassen wir die Stadt ausfransen an den Rändern, vergrößern oder verdichten wir im Inneren oder wollen wir einen Baum erhalten und haben wir dann die Verdichtung nicht? Wir sind da noch ein bisschen am hin und her überlegen und es gibt für alles gute Gründe und gute Argumente.

Da müssen wir mal sehen, was für eine Mehrheit wir im Endeffekt zusammenbekommen.

Wo war ich denn jetzt stehengeblieben? Ach so, eigentlich habe ich schon alles gesagt.

Der Antrag wurde ja schon mal... Ach so, ja. Das wäre dann nicht, das wäre, eigentlich hätte das sogar unser zweites Projekt sein können, Herr Eigendorf.

Die Spitze, die kann ich mir jetzt nicht verkneifen, denn wir haben ja schon mal so einen Änderungsantrag gehabt. Und zwar ging es um den Böllberger Weg, um die Saalegärten. Da haben uns leider die Stimmen Ihrer Fraktion oder irgendwelche Ideen in der Hinsicht von

Ihrer Fraktion gefehlt. Ansonsten hätten wir dann jetzt schon das zweite Projekt, was wir auf den Weg bringen. So viel dazu.

Ach so ja und der Änderungsantrag der GRÜNEN. Da muss ich zu einem Punkt mal etwas sagen und zwar: Das ist ja schön mit dem Discounter oder nicht Discounter. Aber ich glaube, wenn wir jetzt da diese – wir haben ja diese 800 und Quadratmeter – ich glaube, wenn wir das zu verhindern versuchen, könnten wir rechtliche Probleme bekommen. Denn das ist über das Einzelhandels- und Zentrenkonzept meines Erachtens nicht mit abgedeckt und ich befürchte, dass der Investor da vielleicht auch dann klagen könnte. Dass er sich das einklagen könnte. Ich bin mir da nicht so sicher, ob das so unbedingt möglich ist.

Zur Kastanie hatte ich schon etwas gesagt.

Ach so ja, Tiefgarage. Zum Thema Tiefgarage haben wir eine andere Meinung als DIE GRÜNEN. Denn wenn wir dort die Tiefgarage weglassen, dann haben wir wieder ein Problem mit, ja ein Parkplatzproblem und ein Verkehrsproblem, auch in anderer Hinsicht.

Von daher denken wir, dass es eigentlich keine schlechte Idee ist, dort eine Tiefgarage zu bauen. Ich weiß sehr wohl, dass das ein Überschwemmungsgebiet ist. Ich habe ja da 2013 in einem der Nachbarhäuser selber gesehen, wie der Keller vollgelaufen ist. Aber der Investor hat ja gesagt, er möchte dort das so bauen, dass er den Keller im Überschwemmungsfall volllaufen lassen kann und von daher denke ich mal, ist von unserer Seite gegen eine Tiefgarage nichts einzuwenden. Wir werden also diesem einen Punkt dann erstmal nicht zustimmen.

Ja, das war jetzt erstmal alles dazu, Frau Vorsitzende.

Frau Krimmling-Schoeffler

Vielen Dank, Herr Schied.

Dann würde ich jetzt Herrn Feigl das Wort geben, danach Frau Winkler.

Herr Feigl

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Vorsitzende, ich gehe mal den Änderungsantrag der einzelnen Punkte durch.

Wir sind im ersten Änderungspunkt – also das, was wir als a) bezeichnet haben – versuchen wir, noch ein Stückchen mehr des Denkmals zu erhalten, was dankenswert der Investor versprochen hat im Vorderhaus durchaus zu tun als das Wesentliche von diesem Gebäude. Nichtsdestotrotz ist das Haus baueinheitlich gebaut und wir haben auch mal versucht, ein rechtliches Problem an dieser Stelle aufzuzeigen, weil wir glauben, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine Festsetzung nicht gesetzeskonform wäre.

Wir haben das Denkmalschutzgesetz Sachsen-Anhalt, wo ganz klar geregelt ist, wer dafür zuständig ist, Denkmale aus bestimmten Gründen sozusagen wegnehmen zu lassen, und wer nicht. Wir als Stadt sind es nicht. Wir können nicht entgegen anderer Schutzfestlegungen im Grunde genommen in die Hoheit des Landes eingreifen. Das halten wir für schwierig an dieser Stelle.

Bautechnisch glauben wir auch, dass es durchaus sinnvoll und denkmalpflegerisch vor allen Dingen auch sinnvoll ist, dieses halbe Hinterhaus – ich habe es, Sie haben es bestimmt gelesen, ich habe es versucht, zu erklären – dort zu erhalten. Ich glaube, dass der Investor das, was er erreichen will unter Erhalten des halben Hinterhauses auch erreichen kann und wir A einem rechtlichen Problem aus dem Weg gehen und B mehr für den Denkmalschutz zu tun. Deswegen werde ich hier nochmal ausdrücklich dafür, dem Punkt a) auch zuzustimmen.

Wir haben uns im Punkt b) dem Einzelhandel gewidmet.

Ich will mal so sagen: Einige Punkte in dem Änderungsantrag hängen natürlich zusammen. Wenn man den Baum erhalten will, dann hat man natürlich ein Problem, wenn darunter eine Tiefgarage ist und dann hat man natürlich ein Problem, wenn dann auch ein Einzelhandel

darunter ist. Das heißt also, die Nutzungen schaffen eigentlich Probleme, die uns dann an der Stelle, wo wir wahrscheinlich alle ganz gerne zustimmen würden, wenn es denn einfach ginge, nämlich den Baum zu erhalten, da gibt es dann die Probleme an dieser Stelle.

Wir halten auch, was eine attraktive Nutzung in diesem Gebiet anbelangt, es für wesentlich sinnvoller, eine kleinteilige Verkaufsfläche an dieser Stelle zu haben als einen großflächigen Einzelhandel. Gut, großflächig ist jetzt in Anführungsstrichen. Aber ich glaube, dass gerade in dem Bereich, was der Investor hier anstrebt, das ganz gut durch andere Angebote abgedeckt ist.

Dann sind wir bei c) bei der Tiefgarage.

Nochmal ganz klar: Wir sind im Überschwemmungsgebiet, aber sowas von. Das ist eine Insel und bei den großen Hochwassern – ich habe in dieser Zeit, also zumindest 1994 dort gewohnt – da stand jeder Keller in diesem Gebiet unter Wasser. Wir haben es glücklicherweise noch nicht wieder seit 2013 erlebt. Aber ich glaube, selbst die Tiefgaragen, die wir an der Hafenstraße gebaut haben, werden uns extreme Probleme bereiten, wenn wir ein nächstes größeres Hochwasser haben. Von daher mein Appell: Wir sollten nicht diese Überschwemmungsgebiete zubauen, die uns dann im Falle eines Hochwassers Probleme bereiten und wir lösen damit gleichzeitig auch ein paar andere Sachen.

DIE LINKE hat gesagt, dann stehen die Autos draußen. Unser Ziel ist ja eigentlich ein anderes. Wir wollen eine andere Mobilität in dieser Stadt. Und das haben wir ja dann auch entsprechend nochmal ausgeführt als alternative Mobilitätskonzepte. An so einem Standort, also quasi Altstadt, fast mittendrin oder eigentlich mittendrin in der Stadt, das sollten doch die Gebiete sein, wo wir sagen, da können wir mit weniger Verkehr gut leben, da können wir mit weniger Verkehr besser leben. Und an dieser Stelle könnte man durchaus ansetzen.

Photovoltaik – ich glaube, dazu braucht man nicht mehr allzu viel sagen.

Wir sollten wirklich alle Register ziehen, um uns in Richtung Klimaneutralität zu bewegen. Ich halte es eigentlich für eine Selbstverständlichkeit, dass wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, die uns geboten sind von Dachbegrünung über Photovoltaik über Solarthermie und so weiter und so fort. Von daher, das nochmal mit rein.

Ich bitte nochmal ausdrücklich um Zustimmung zu allen unseren Punkten. Ich glaube, wenn wir es so zusammenstricken, dann haben wir ein gutes Gesamtpaket, was sich gegenseitig auch bedingt. Ich denke, wir würden mit diesem Änderungsantrag den B-Plan besser machen.

Dankeschön.

Frau Krimmling-Schoeffler

Vielen Dank, Herr Feigl.

Ich habe jetzt Frau Winkler als nächste auf der Rednerliste und danach Sie, Herr Rebenstorf.

Frau Winkler

Vielen Dank.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass in diesem Areal der Investor investiert und wünschen uns einen behutsamen Umgang mit dem historischen Erbe sozusagen.

Ich weiß jetzt nicht, ob ich das missverstanden habe, dass in der von den GRÜNEN angedachten Hinterhausgeschichte diese Holzbelastung ist. Also mit dem Investor hatten wir darüber gesprochen. Aber das wäre noch ein Punkt, den ich gerne geklärt hätte.

Wir können den Änderungsantrag der GRÜNEN in allen Punkten mittragen.

Wir wünschen uns oder wir hatten damals dem Investor vorgeschlagen, beim MMZ nachzufragen, ob dort nicht Vakanzen in den Tiefgaragenbereichen sind, da die – soweit wir das wissen – nicht ausgelastet sind und dass man dann mit einem flexiblen Mobilitätskonzept auf die Tiefgarage komplett verzichten kann. Das wäre aus unserer Sicht die richtige Richtung, in die das gehen sollte. Dass man also Carsharing nutzt und Jobtickets

und solche Dinge und dann eben im MMZ sich die Dauerparkplätze beschafft und dadurch auf eine Tiefgarage verzichten kann.

Und auch wir sind auch nicht für einen großen gewerblichen Bereich, für einen großen Laden, also Edeka oder sowas. Also insofern unterstützen wir den Antrag der GRÜNEN vollständig.

Danke.

Frau Krimmling-Schoeffler

Vielen Dank, Frau Winkler.

Jetzt habe ich Herrn Rebenstorf auf der Liste.

Herr Rebenstorf

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde für mich jetzt in der Antwort die Änderungsanträge der SPD und der LINKEN, die gehören ja thematisch inhaltlich zusammen. Ich würde jetzt auf den der SPD kurz eingehen wollen, da der uns etwas länger vorlag, sodass wir die Möglichkeit hatten, intern in der Verwaltung uns dazu kurz auszutauschen.

Dem Ansinnen können wir folgen, das unterstützt auch die Verwaltung. Ob das Kind am Ende Durchführungsvertrag, städtebaulicher Vertrag heißt oder ob Sie da, Herr Eigendorf, an Ihrem Text nochmal etwas ändern müssen, das würden wir bis zum Stadtrat jetzt klären. Da waren wir uns heute Morgen im Referat Recht noch nicht ganz einig gewesen, aber dafür haben wir ja als Verwaltung auch noch Zeit bis zum Stadtrat einen entsprechenden Vorschlag zu machen und würden uns versuchen mit Ihnen ins Benehmen zu setzen.

Und meine Bitte wäre, da das inhaltlich mit dem Änderungsantrag der LINKEN vergleichbar ist, wie Sie es selber schon ausgeführt haben, dass Sie bitte den Versuch starten, einen gemeinsamen Änderungsantrag auf den Weg zu bringen, LINKE und SPD zusammen. Vielleicht finden Sie ja auch noch weitere Mitstreiter, die dieses Thema, dass wir das wohnungspolitische Konzept – in dem Fall tatsächlich, das findet ja unsere Unterstützung – tatsächlich zum ersten Mal umsetzen können.

Wie nachher das Kind heißt, um das Ganze rechtlich sicher zu machen, da haben wir ja, sollte der Aufstellungsbeschluss zustande kommen, bis zur Offenlage ja noch Zeit, dass sich die Verwaltung dann das genaue rechtliche Konstrukt überlegt. Und wir kämen dann zum Offenlagebeschluss mit einem entsprechenden Vorschlag, wie wir denken, dass das Ganze rechtssicher am Ende des Tages auch umgesetzt werden kann.

Das wären jetzt erstmal die zusammenfassenden Ausführungen zu den Änderungsanträgen LINKE und SPD.

Vielleicht noch den ein oder anderen Hinweis zum Änderungsantrag der GRÜNEN.

Wenn es um das Thema Denkmalschutz geht, weiß ja auch Herr Feigl und hat es ja auch in seiner Begründung beschrieben, müssen wir uns auf jeden Fall, wenn es auch gerade um den Komplettabbruch geht, mit der oberen Denkmalschutzbehörde ins Benehmen setzen. Es hat sehr umfangreiche Abstimmungen auch mit der oberen Denkmalschutzbehörde gegeben.

Ich will jetzt bloß nochmal den Hinweis geben: Es geht ja um das Hinterhaus und beim Hinterhaus ist es ja nicht so, dass es da einen vollständigen Komplettabbruch auf null geben soll und an der Stelle etwas völlig anderes entsteht als das, was vorher war. Sondern es soll ja die Kubatur wiederhergestellt werden, die Traufe, der First, das schräge Dach. Das andere Beispiel wäre, weiß ich nicht, fünf Vollgeschosse und ein Staffelgeschoss. Das wäre etwas völlig anderes von der Kubatur als das, was heute da ist.

Das wollte ich bloß nochmal Hinweis geben.

Und zum Thema Tiefgarage, dass das auch nochmal alle gehört haben: Natürlich ist es machbar. Ja, es ist Hochwassergebiet, aber historisch war die Fläche jetzt immer bebaut gewesen an der Stelle und man kann natürlich auch in so einem Areal bauen und der

Investor hat es ja beim letzten Mal ausgeführt. Da man ja eine gewisse Vorlaufzeit hat, bis eine Hochwasserwelle von Naumburg aus uns hier erreicht, ist genug Zeit, die Tiefgarage zu räumen. Denn das wäre das Konzept, wenn es dann wirklich soweit ist, wird die Tiefgarage geräumt, die Autos werden dann in sichere Höhenlagen umgeparkt und das Hochwasser geht dann dort rein und wird später wieder abgepumpt. Das bedeutet auch, dass die Technik entsprechend angepasst werden muss, dass der Schaden, so denn er denn eintreten sollte, sich aufs absolute Minimum beschränkt.

Also für solche Fälle gibt es auch Lösungen, wie man in so einem... Es ist jetzt kein neues Wohngebiet mitten in der Flussaue, sondern es ist ein historisch gewachsenes Gebiet, was vermutlich seit, solange es die Stadt gibt, seit fast 1.000 Jahren, besiedelt ist an der Stelle. Aber wir denken, dass man mit den heutigen Mitteln auch Lösungen an der Stelle realisieren kann.

Insgesamt zum Änderungsantrag der GRÜNEN werden Sie von uns nochmal eine umfangreiche Stellungnahme bis zum Stadtrat erhalten. Wir werden das entsprechend durcharbeiten und Ihnen bis zum Stadtrat in zwei Wochen ausführlich auch zum Änderungsantrag der GRÜNEN antworten.

Vielen Dank erstmal.

Frau Krimmling-Schoeffler

Vielen Dank, Herr Rebenstorf.

Da wir keine quotierte Rednerliste haben, geht es jetzt weiter mit Herrn Schied, Herrn Feigl. Ich habe dann noch Frau Winkler und Frau Dr. Kreuzfeldt. Ich habe Frau Winkler geschrieben, meinte aber Frau Dr. Wünscher, genau.

Herr Schied

Ich würde gerne nochmal, Frau Vorsitzende, einen kleinen Hinweis an die GRÜNEN.

Also, ich bin ja auch Radfahrer und meine Familie. Wir fahren alle Fahrrad und bei uns ist der Keller voll. Es steht ja eine Tiefgarage. Das heißt ja nicht, eine Tiefgarage darf nur von Autofahrern, nur für Autos genutzt werden. Wenn Sie eine Familie, wie in meinem Fall, ich habe noch drei Kinder jetzt zuhause. Die fahren alle Fahrrad und meine Frau und ich auch. Bei uns ist der Keller total voll mit Fahrrädern. Ich hatte mal überlegt, mir ein Lastenfahrrad zuzulegen. Ich wüsste gar nicht, wo ich das hinstellen soll. Also so eine Tiefgarage kann natürlich auch für Fahrräder genutzt werden und gerade das Thema, wenn wir jetzt das Thema haben E-Bikes. Es gibt eine Menge Leute, die jetzt E-Bikes mittlerweile nutzen und die muss man irgendwo auch über Nacht aufladen können und die möchte ich dann auch im Trockenen gerne abstellen und sicher abstellen. Niemand sagt, dass eine Tiefgarage nur für Autos da sein muss. Also von daher ist das Problem Tiefgarage und Autoverkehr nicht unbedingt an den Besitz eines Autos gekoppelt, sondern auch für Radfahrer ist eine Tiefgarage ziemlich interessant.

Frau Krimmling-Schoeffler

Vielen Dank, Herr Schied.

Jetzt hätte ich Herrn Feigl und danach Frau Dr. Wünscher.

Herr Feigl

Ich hatte mich eigentlich wegen etwas anderem gemeldet, aber darauf möchte ich jetzt natürlich reagieren.

Mit Verlaub, eine Tiefgarage zu bauen, um dann am Ende eine Fahrradabstellanlage zu haben, kann man machen, aber rentabel würde ich das nicht nennen oder sinnvoll. Natürlich wollen wir in diesem Gebiet auch ordentliche Fahrradabstellanlagen drin haben. Ich glaube, dass das auch ganz selbstverständlich zum modernen Wohnungsbau mit dazu gehört, dass eben auch diese Sachen ausreichend Berücksichtigung finden, keine Frage.

Ich wollte eigentlich auf das Stichwort Schadstoffe nochmal.

Also ich glaube nicht, dass wir uns über merkwürdige Sachen, die in irgendeinem Gutachten drin stehen hier auslassen sollten. Am Ende ist es doch in der Durchführung eine Sache, die wirklich bauordnungsrechtlich zu klären ist, inwieweit bestimmte Bauteile geschädigt und auszuwechseln sind oder nicht auszuwechseln sind. Ich habe Gutachten gesehen, da haben mir so die Haare zu Berge gestanden, was da für ein Schwachsinn drin steht. Da gebe ich nicht so wahnsinnig viel drauf an dieser Stelle. Am Ende muss es durchgeführt werden. Wir sollten uns da nicht kirre machen lassen, was irgendwie irgendjemand irgendwo reingeschrieben hat. Von daher, wie gesagt. Am Ende ist es eine Sache, die in der Bauausführung zu klären ist.

Frau Krimmling-Schoeffler

Vielen Dank, Herr Feigl.

Frau Dr. Wünscher und danach Frau Dr. Kreutzfeldt, bitte.

Frau Dr. Wünscher

Ja, Frau Vorsitzende, ich möchte auch etwas zur Tiefgarage sagen.

Erstens ist die Tiefgarage im MMZ genauso Überflutungsgebiet, wie eine mögliche Tiefgarage in diesem Gebiet, das jetzt zur Diskussion steht.

Dann als Nächstes kann ich sagen, dass die Tiefgarage im MMZ voll ausgelastet ist mit Dauerparkern und nur einem ganz geringen Anteil von Parkplätzen, die sozusagen frei zur Verfügung stehen.

Und auch die Tiefgarage im MMZ ist dafür gedacht, wenn eine Hochwassersituation eintritt, dass diese Tiefgarage dann sozusagen geflutet wird, um sozusagen den Rest des Hauses dann zu schützen. Das zum Thema Tiefgarage.

Und dann möchte ich jetzt noch etwas sagen zu der unendlichen Geschichte zu der Kastanie.

Ich hätte gerne gewusst, wie das durchschnittliche Lebensalter einer Kastanie ist und dann hätte ich gerne gewusst, wie alt diese Kastanie ist und wie groß noch die Lebenserwartung dieser Kastanie ist und ob es denn nicht vielleicht besser wäre, wenn man sagt: Na gut, der Investor setzt sozusagen einen Teil der Stadt instand mit dem, was er sich vorgenommen hat. Wir selbst können es nicht, das ist teilweise ein Schandfleck in dieser Stadt und ob wir nicht rechtzeitig damit beginnen, sozusagen mit Ersatzpflanzungen, die dann wieder ein langes Leben von 125 Jahren oder länger haben.

Aber meine beiden Fragen: Wie alt ist diese Kastanie und wie groß ist die durchschnittliche Lebenserwartung von Kastanien?

Frau Krimmling-Schoeffler

Vielen Dank, Frau Dr. Wünscher.

Kann die Frage jetzt ad hoc jemand beantworten?

Herr Rebenstorf

Wir können jetzt leider nicht tuscheln hier. Frau Trettin, können Sie etwas sagen dazu?

Okay, wenn Sie noch einen Moment brauchen, dann...

Frau Krimmling-Schoeffler

Dann würde ich Frau Dr. Kreutzfeldt erst drannehmen und dann Sie, Frau Trettin.

Frau Dr. Kreutzfeldt

Ja, ich würde gerne nochmal auf dieses Thema Tiefgarage eingehen.

Das was Herr Schied uns vorgestellt hat, ist für mich ein klassischer Keller. Und wir haben nichts dagegen, dass die Gebäude unterkellert werden und dass in den Gebäuden dann auch die Stellplätze für die Fahrräder, für die Lastenfahrräder, für die E-Bikes, wie auch immer stehen. Wir haben in der Umgebung fünf Minuten maximal zu Fuß zu erreichend vier Tiefgaragen: unter der EVH, unter dem Finanzamt, unter dem MMZ und die Händelgalerie.

Und wenn ich abends an einem dieser großen Tafeln vorbeikomme, diesem Parkleitsystem, da stehen immer dreistellige Zahlen an leeren Plätzen, die dort ab abends leer sind.

Wenn wir zu einer smarten Bewirtschaftung kommen und die Plätze dort nicht nur am Tag zur Verfügung stellen für die, die dort arbeiten wollen, sondern wenn man das als eine Aufgabe sieht, zum Beispiel der Stadt, Parkplätze auch dort zur Verfügung zu kriegen und irgendwelche Konzepte zu entwickeln, das kann doch so schwer nicht sein, dass man Parkplätze doppelt nutzt. Da muss doch nicht jeder seinen Stellplatz haben.

Und genau sowas meinen wir zum Beispiel damit, wenn wir sagen, dass dort alternative Mobilitätskonzepte entstehen sollen. Auch das ist damit angedacht.

Im Übrigen ist sowohl bei der EVH, da ist *JETZT mobil* drin und unter dem Finanzamt ist Carsharing, also *teilAuto* schon drin. Das ist auch nur über die Straße.

Und wenn ich nochmal zu dem Antrag der LINKEN und der SPD kommen möchte.

Wenn wir wollen, dass Wohnen billiger wird, dann ist einer der gravierendsten Faktoren, die das Wohnen verteuern, die Schaffung von Stellplätzen. Und das bezahlen alle die, die auch selber das nicht nutzen wollen. Egal ob ich ein Auto habe oder nicht. Das betrifft den Bau und das betrifft auch den Unterhalt. Ich weiß von meinen Nachbarn, was die als Eigentümer von Stellplätzen monatlich dort abdrücken müssen. Also, wenn ich Wohnen verbilligen will...

Es geht ja dabei nicht nur um die kleine Tiefgarage, die unter den Gebäuden ist. Sondern es soll ja dieser ganze Platz, wo jetzt die Kastanie steht, unterkellert werden im Sinne einer Tiefgarage und da der Discounter drauf. Wenn wir auf den verzichten und auf diese große Fläche verzichten, dann haben wir nichts dagegen, dass unter den Gebäuden, die dann errichtet werden, da Fahrradabstellanlagen zu haben. Da haben wir gar nichts dagegen.

Also nochmal mein Appell: Wir können die Anträge der LINKEN und der SPD nur dann unterstützen, wenn Sie auch bereit sind, an dieser Stelle das Wohnen zu verbilligen, und unseren Antrag mitzutragen, dort keine großflächige, es geht um großflächig, um Versiegelung dieser gesamten Fläche, diese Tiefgarage nicht mehr zu tragen.

Frau Krimmling-Schoeffler

Vielen Dank, Frau Dr. Kreuzfeldt.

Ich habe jetzt als erstes Frau Trettin, so war es ausgemacht.

Dann würde ich Herrn Rebenstorf noch kurz dazwischen schieben und dann sind Sie Herr Dr. Vetter? Danach Herr Dr. Vetter.

Frau Trettin

Ich habe es gerade gelesen. Nur zur Information: Die Kastanie, ich hätte jetzt gesagt 200, Google sagt 300 Jahre am freien Naturstandort.

Der Baum, den wir da haben, ist ungefähr 150 Jahre alt, ist jetzt auch vom Gutachter betrachtet worden, hat einige Schäden, es muss also ein bisschen was gemacht werden, hat aber nochmal eine Lebenserwartung von mindestens 20 Jahren, die der Gutachter so bestätigt.

Frau Krimmling-Schoeffler

Vielen Dank.

Gut, dann ganz kurz, bitte.

Herr Rebenstorf

Frau Foerster würde zur Tiefgarage noch etwas sagen, zum Thema Stellplatznachweis und was andere Tiefgaragen, die jetzt immer mal im Umfeld angesprochen wurden, betrifft.

Frau Foerster

Grundsätzlich ist es ja so, dass für den Stellplatznachweis die Regularien unserer Stellplatzablösesatzung gelten. Wir haben dort entsprechende Richtzahlen mit tangierenden

Rahmenbedingungen – also Beeinflussung ÖPNV und diese Dinge – und daraus ergibt sich die Zahl der bauordnungsrechtlich notwendigen Stellplätze.

Grundsätzlich ist es so, dass diese Zahl erstmal in einem Baugenehmigungsverfahren auch nachzuweisen ist. Man kann natürlich auch die Stellplätze auf einem anderen in relativer Nähe gelegenen Grundstück nachweisen, muss das dann durch entsprechende Baulasteintragung sichern lassen.

Es gibt sicher auch die Möglichkeit, einen bestimmten Anteil an Stellplätzen, wenn eben die örtlichen Bedingungen es nicht zulassen, dass man 100 % herstellt, dass man einen bestimmten Anteil ablösen kann. Das lässt ja unsere Stellplatzsatzung auch zu.

Was jetzt die angesprochenen Garagen im Umfeld betreffen: So ist nach meiner Kenntnis beim MMZ zum Beispiel die Zahl, die dort verfügbaren Stellplätze sind – wie Frau Dr. Wünscher schon ausgeführt hat – überwiegend Dauerparkplätze. Das heißt, es sind Parkplätze, die jetzt auch zum einen im Rahmen der Baugenehmigung für das MMZ festgeschrieben sind, aber auch zum anderen darüber hinaus für andere in der Umgebung liegenden Bauvorhaben dort auch per Baulast gesichert sind.

Die Tiefgarage unter der Spitze sozusagen sind nach meinem Kenntnisstand auch alles bereits Stellplatzanlagen, die zu ganz konkreten Bauvorhaben, also zum MDR-Gebäude zum Beispiel oder zu dem Gebäude der Stadtwerke, zugeordnet sind und dort bauordnungsrechtlich auch entsprechend gesichert sind.

Mir ist jetzt keine Tiefgarage bekannt, oder Hochgarage haben wir ja im Umfeld nicht, wo jetzt noch eine nennenswerte freie Kapazität wäre.

Wie gesagt, unter dem Aspekt Bauordnungsrecht in Verbindung mit Stellplatzsatzung.

Frau Krimmling-Schoeffler

Vielen Dank.

Dann hätte ich jetzt Herrn Dr. Vetter.

Herr Dr. Vetter

Ja, danke.

Ich würde ganz gerne mal zum Verlauf von Hochwässern und zum Hochwassermanagement noch was sagen.

Das wird jetzt hier so dargestellt, als wäre das eine ganz einfache Sache. In Naumburg ist die Hochwasserwelle angesagt. Alle kommen manierlich zusammen, fahren ihre Autos raus. Das ist natürlich eine einigermaßen harmlose Sicht der Dinge, wenn man die Hochwässer der letzten, eigentlich kann man sagen wenigen Monate, verfolgt und zwar beziehe ich mich da keineswegs nur auf Deutschland. Also das geht ganz schnell, erstens.

Zweitens wir haben ja in der Coronawelle auch gesehen, wie einsichtig die Menschen sind oder zum Beispiel beim Bilden von Rettungsgassen. Also mit solchen Leuten müssen Sie halt eben auch immer rechnen. Sie müssen auch damit rechnen, dass vielleicht gewisse Leute gar nicht verfügbar sind bei relativ kurzen Vorlaufzeiten.

Und dann ist es ja auch nicht so, dass das Hochwasser also ganz manierlich antritt. Die Tiefgarage flutet ungefähr bis zur Oberkante um dann sich genauso manierlich wieder zu verabschieden. Wir haben wie gesagt in den letzten Monaten oder sogar Wochen europaweit haben wir Hochwässer gesehen, die liefen vollkommen anders ab. Und dann werden wir unter Umständen ganz andere Probleme haben, als die Autos in der Tiefgarage, die dann natürlich als Schaden anzusehen sind, aber die natürlich auch mit ihren ganzen verbauten Materialien und Schmierstoffen und Kraftstoffen natürlich auch eine ordentliche Verschmutzungsquelle sind. Das dürfen wir auch nicht vergessen. Dann wird nämlich zum Beispiel auch die Abwasserentsorgung stocken, ja also. Und diese ganzen Dinge, die kennen wir, die können wir immer wieder beobachten.

Und jetzt soll also in einem definitiv erwiesenermaßen erfahrungsgemäß hochwassergefährdeten Gebiet gebaut werden. Gut, okay. Historischer Kern, das ist eine

Baulücke, das muss alles gemacht werden. Aber warum muss es um Gottes Willen eine Tiefgarage sein?

Und bloß, weil im Multimediazentrum eine gebaut worden ist, muss man doch diesen Fehler nicht noch wiederholen. Das geht doch so lange gut, bis es schiefgeht und dann geht es granatenmäßig schief. Darauf werden Sie sich verlassen können.

Das grenzt, finde ich, von der von der Erfahrungslage her an einen Schildbürgerstreich. In einem hochwassergefährdeten Gebiet zu bauen, ist die eine Sache. Aber dann auch noch Tiefgaragen zu bauen, das ist der Hit. Das muss man wirklich mal so sagen.

Mit den Tiefgaragen für Fahrräder, also das ist natürlich schon so, jetzt werde ich ein bisschen konkreter und nehme Bezug auf die VorrednerInnen.

Schön wäre es, wenn das so klappen würde. Aber wenn ich eben sehe, wie mit dem öffentlichen Raum umgegangen wird, mit dem Verkehrsraum in der Stadt, dann stelle ich einfach fest: Wenn es knapp wird, haben wir lieber noch zwei Spuren für Autos, aber die Fahrradwege enden völlig tot und die Gehwege sind zur Not unglaublich eingengt.

Also das finde ich, also Garagen für Fahrräder wären eine wunderbare Sache. Aber warum denn jetzt ausgerechnet im hochwassergefährdeten Gebiet?

(unverständliche Zwischenrufe)

Herr Dr. Vetter

Ich habe das jetzt nicht verstanden, aber vielleicht melden Sie sich dann hinterher nochmal. Ich habe es jetzt akustisch nicht verstanden.

Gut, ich bin auch nicht der Meinung, dass man bis zum allerletzten die Erreichbarkeit aller Winkel in der Stadt mit dem Auto herstellen muss. Wir haben eine wunderbare Altstadt, einen alten historischen Altstadt kern, wenig Zerstörung erlitten und trotzdem scheint weitgehend der Anspruch zu bestehen, wirklich in den allerletzten Winkel mit dem Auto zu kommen. Obwohl es wirklich von den vielen Parkmöglichkeiten in der Stadt akzeptable Gehentfernungen zu allen Destinationen gibt.

So, zu guter Letzt nochmal zum Kastanienalter.

Also es ist jetzt nicht so, dass so eine Kastanie nach ihrem durchschnittlichen Lebensalter dann einfach umfällt und tot ist. Sondern die Alter der einzelnen Individuen die streuen. So eine Kastanie kann natürlich auch schon vorher sterben, das können wir nicht vorhersehen, das ist reine Kaffeesatzleserei. Also zu glauben, dass man so eine Kastanie mit nach Ablauf ihres statistischen Lebensalters aufgeben könne, ist ein relativ schwaches Argument. Die kann auch durchaus erheblich älter werden. Also das wird dann durch statistische Streuung beschrieben.

Danke.

Frau Krimmling-Schoeffler

So, vielen Dank, Herr Dr. Vetter

Ich habe jetzt noch auf der Rednerliste Herrn Schied, Frau Dr. Kreuzfeldt und Herrn Streckenbach und danach Herrn Sehrndt

Und Herr Schied, kurz und knackig, bitte.

Herr Schied

Okay, Frau Vorsitzende, ansonsten hätte ich etwas zum Thema Verdichtung auf der einen Seite und...

Frau Krimmling-Schoeffler

Konzentration auf den Bebauungsplan.

Herr Schied

Okay, dann sage ich jetzt nur nochmal was zur Tiefgarage.

Auch ein Keller wird in die Tiefe gebaut und auf der anderen Seite wird hier eine ganze Menge miteinander vermischt, was eigentlich direkt mit der Tiefgarage gar nichts zu tun hat. Ich möchte einfach DIE GRÜNEN nochmal daran erinnern: Der Antrag zur weitestgehend autofreien Altstadt, der kam aus unserer Fraktion. Und uns hier irgendetwas in der Hinsicht vorzuwerfen... Wir fahren da eine ganz andere Politik und das kann man an so eine Tiefgarage, die natürlich auch für Radfahrer, für E-Bikes genutzt werden kann, überhaupt nicht festmachen. Und es gibt Möglichkeiten, da sowas zu bauen und hochwassersicher zu bauen und da gibt es auch mehrere Beispiele, wie in der Stadt hier nach dem Hochwasser hochwassersicher gebaut wurde, zum Beispiel die Toilettenanlagen am Peißnitzhaus oder das MMZ, die Tiefgarage. Ich habe mir das alles angeguckt und ich denke mal, das ist überhaupt nicht so ein riesen Problem und ich kann die Argumentation der GRÜNEN hier überhaupt nicht nachvollziehen.

Frau Krimmling-Schoeffler

Vielen Dank.

Frau Dr. Kreuzfeldt, bitte.

Frau Dr. Kreuzfeldt

Nur nochmal ganz kurz zur Stellplatzsatzung.

Wir warten sowieso auf die neue Stellplatzsatzung. Da wurde uns ja schon mal was vorgestellt und wir können noch nicht davon ausgehen, dass das was jetzt der Jetztzustand ist, dann wenn das Mal gebaut ist in fünf oder zehn oder wann auch in wie vielen Jahren, dass es dann noch gültig ist. Und das Gleiche gilt für die Belegung der Tiefgaragenplätze in der Umgebung. Ich habe nicht davon geredet, dass jetzt noch Plätze frei sein sollen, sondern dass man Lösungen schaffen muss. Und dass man auch wenn die Mitarbeiter vom Multimediazentrum abends nach Hause gefahren sind, ob man dann nicht die Parkplätze für die Bewohner freigeben kann oder dort irgendein Modell schaffen kann.

Und nochmal zu der Tiefgarage an sich: Es geht nicht um eine Tiefgarage an sich.

Deswegen habe ich auch gesagt, wir haben nichts gegen einen Keller. Wir haben gegen die Versiegelung dieser gesamten Fläche, die eigentlich eine Freifläche ist und die eigentlich ein Hof, ein Garten, ein Park sein kann. Und wenn da eine Tiefgarage ist, dann kann man da noch ein bisschen Rollrasen draufmachen und das war es. Dann ist es trotzdem eine versiegelte Fläche. Auch eine Dachfläche ersetzt nicht das, was wir an Sickerfläche oder an Grünfläche oder auch an CO₂-Bindung im Boden brauchen.

Da sind doch wieder ganz viele Sachen vermischt. Wir wollen diese Freifläche erhalten als unversiegelte Fläche, die jetzt da ist. Nicht die Fläche unter den Häusern. Da kann ja was drunter, zum Beispiel Fahrradabstellgaragen meinetwegen, wie auch immer die heißen können.

Frau Krimmling-Schoeffler

Vielen Dank, Frau Dr. Kreuzfeldt.

Ich habe jetzt als nächstes Herrn Streckenbach.

Herr Streckenbach

Also wenn Sie Antworten auf die Frage nach dem Parkraum suchen, dann bitte ich Sie auch immer mal Handwerker zu fragen und Dienste aus der Gesundheitsbranche, die würden Ihnen da widersprechen wollen.

Aber ich möchte eigentlich die Verwaltung etwas fragen und zwar um eine Bewertung bitten, von mir aus auch bis zum Stadtrat, zum Änderungsantrag der GRÜNEN Punkt 1 b).

Hier wird ja etwas geändert oder soll etwas geändert werden in kleinteilige Verkaufsfläche für Nahversorgung anstelle des Discounters. Sie wissen, dass ich grundsätzlich immer eine Bebauung sympathisch finde, die kleinteiliger mit kleinteiligen Gewerbe, dass das beinhaltet.

Aber insofern würde ich hier ganz gerne um eine Bewertung bitten. Aus meiner Sicht kann ich aber diesem Punkt trotzdem nicht zustimmen, denn Sie streichen hier die Quadratmeterzahl und das ist jetzt auch nicht das, was jetzt mein Ansinnen wäre. Da kann ja schon die Fläche dafür herhalten, die man dann anders aufteilen könnte.

Das ist jetzt meine Position, aber hier bitte ich unbedingt nochmal um eine Stellungnahme der Verwaltung.

Frau Krimmling-Schoeffler

Vielen Dank, Herr Streckenbach.

Kann das jetzt schon erfolgen, Herr Rebenstorf?

Herr Rebenstorf

Wir würden es dann in unserer Begründung für den Antrag, also wir formulieren damit rein, was Sie gefragt haben.

Frau Krimmling-Schoeffler

Vielen Dank.

Und dann habe ich jetzt Herrn Sehrndt und dann erstmal niemanden weiter.

Herr Sehrndt

Ja, meine Damen und Herren, man muss es einfach so sehen:

Wir haben hier eine Fraktion, die haben sich mit dem Auto gestritten. Das wollen Sie natürlich nicht so deutlich sagen, sondern Sie machen das verkappt und Sie belügen die Bürger. Sie müssen einfach ganz klar sagen: Wir wollen keine Autos und wollen euch gar nicht mehr sehen mit euren Karren. Ich kann Ihnen aber sagen, dass das schiefgehen wird.

Zu den freien Flächen, die Frau Dr. Kreuzfeldt will, das ist ganz einfach, Frau Dr. Kreuzfeldt. Dann hätten Sie gesammelt in Ihrer Partei und hätten die Flächen gekauft und dann hätten Sie da Rasen ansäen können.

Jetzt kommt Herr Eigendorf und wird mir gleich sagen, dass ich unsachlich bin. So ist es aber nicht, Herr Eigendorf.

Es ist einfach so: Wir haben Investor und wenn Sie den noch eine Weile drängeln und belästigen, dann packt er seinen Kram ein und verschwindet und dann ist die nächsten zehn Jahre haben wir wieder eine Wiese, wo wieder das Wasser versickert und wir können uns alle wohlfühlen oder einige.

Und bedenken Sie: Es sind ungefähr 80 Tiefgaragenplätze und dort kommen 120 Wohnungen hin. Das heißt, es werden mehr als 120 Autos nach derzeitiger Schätzung und wir wollen jetzt nicht von Ökologie reden, das ist einfach so.

Und das vorgeschobene Argument mit dem Hochwasser, das ist das allerübelste. Das ist von Leuten, die einfach vergessen, ich sag es mal so, die möchten vergessen.

Sie haben also für Ihre Ideen, ich nenne das mal Ideen, den Punkt und sagen, das Hochwasser verjagt uns hier. Es hat 40 Jahre gegeben, die will ich nicht benennen, die kennen Sie, da war nicht ein Hochwasser. Wie hing das zusammen? Ich will das jetzt auch nicht ausdehnen.

Das hing damit zusammen, dass das sauber geregelt wurde durch eine Institution. Dann kam der Föderalismus, der war wohlhabend für alles und gut für die Beamten, die da arbeiten konnten, und es klappte nichts mehr. Wir hatten dann 1993 das erste Hochwasser, was quasi so angestiegen ist, dass es nicht so bekannt war.

Wir müssen damit leben und es muss wieder geregelt werden. Und wenn das geregelt wird, wir sehen das zum Beispiel an der Tiefgarage Händelhalle, es passiert auch nichts, wenn da eine Tiefgarage ist. Und wenn Sie die Leute ohne Auto dahin haben wollen, dann sage ich Ihnen gleich, die kommen nicht mit dem Lastenfahrrad, das wird nicht passieren. Da werden wir uns nächstes Jahr drüber unterhalten.

Danke.

Frau Krimmling-Schoeffler

Gut, ich habe jetzt noch Herrn Eigendorf und Herrn Feigl auf der Rednerliste.
Ich würde Sie bitten, sachlich am Bebauungsplan zu bleiben.

Herr Eigendorf

Vielen Dank, Frau Vorsitzende.

Es ist also möglich, dieser Diskussion 40 Minuten zu folgen, aber rein gar nichts aus dieser Diskussion aufzunehmen. Das haben wir jetzt gerade gesehen.

Aber zum Thema. Herr Vetter, Herr Feigl, Frau Dr. Kreuzfeldt das, was Sie gesagt haben, möchte ich ja teilweise verstehen und finde ich auch nachvollziehbar. Ich glaube aber, dass wir an dem Punkt und übrigen, die Differenz, die wir haben, liegt nicht daran, dass Sie sich mit Autos streiten, wie Herr Sehrndt das meinte. Das wäre auch irgendwie seltsam, wenn Sie sich mit Autos unterhalten würden. Sondern es liegt daran, dass wir, glaube ich, eine unterschiedliche Auffassung an der Stelle von Mobilität haben.

Und da muss ich sagen, bin ich eher bei dem, was Herr Schied gerade ausgeführt hat. Ich bin genauso erschrocken, Herr Schied, wie Sie, dass wir schon wieder einer Meinung sein.

Aber es ist doch in der Tat so, dass wir den Platz brauchen. Wenn wir uns anschauen, von was für einem Gebiet wir gerade sprechen, stellen wir ja fest, das ist gerade ein Parkplatz. Wenn wir den bebauen, wird ein Verdrängungsdruck entstehen und uns eint ja alle das Ziel und auch da ist die Frage, ob man für oder gegen eine Tiefgarage ist, gar nicht so spielentscheidend.

Uns eint ja das Ziel, dass wir den Autoverkehr reduzieren wollen. Das geht aber auch dadurch, dass man das Ganze effizienter gestaltet und ich glaube, dass es der Gegensatz von effizienter Mobilität ist, Parkdruck zu erzeugen. Und ich finde auch die Idee, die Herr Schied eingebracht hat, ziemlich charmant zu sagen, das heißt ja nicht, dass das am Ende nur Stellplätze für Autos sein müssen. Denn wir haben ja durchaus die Möglichkeit, den Raum dort auch anders zu nutzen.

Ich finde, Ihr Änderungsantrag hat es nicht verdient, liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, so belegt zu werden, wie das Herr Sehrndt gerade zum Besten gegeben hat. Aber ich bitte an der Stelle auch um Verständnis dafür, dass wir als SPD-Fraktion dem bis auf die Punkte, die ich schon angeführt habe und bei dem wir ganz bei Ihnen sind, nicht teilen können. Ich glaube, das ist an der Stelle nicht Ausdruck einer grundsätzlichen Differenz, die wir zueinander haben. Vielleicht ist es auch der Tagungsort der Kirche, die ein bisschen dazu führt, dass wir das jetzt zu einer Glaubensfrage machen. Ich glaube, an dieser Stelle müssen wir es nicht so hochstilisieren, sondern können auch unterschiedlicher Auffassung sein.

Vielen Dank.

Frau Krimmling-Schoeffler

Vielen Dank, Herr Eigendorf.

Herrn Feigl habe ich jetzt als vorletzten Redner.

Ganz kleinen Augenblick. Ich wurde jetzt darauf hingewiesen, dass wir 18:00 Uhr eine Lüftungspause machen müssen. Ich würde es schön finden, wenn wir zumindest die Redebeiträge bis 18:00 Uhr dann erledigt haben und nach einer kurzen Lüftungspause dann sozusagen direkt in das Abstimmungsverfahren gehen würden. Ist das in Ihrem Interesse? Gut, alles klar.

Herr Feigl

Ich wollte jetzt gar nicht auf Herrn Sehrndt eingehen, das lohnt sich, glaube ich, nicht an dieser Stelle,

Ich wollte eigentlich nur die EinzelpunktAbstimmung zu unserem Antrag beantragen, da ich ja durchaus sehe, dass wir an der einen oder anderen Stelle gar nicht so weit auseinander sind. Danke.

Frau Krimmling-Schoeffler

Viele Dank, Herr Feigl.

Herr Sehrndt, Sie hatten sich nochmal gemeldet. Ich habe das gesehen. Sie wollten nochmal ans Mikrofon gehen.

Herr Sehrndt

Ja, Herr Eigendorf und Herr Feigl, Ihre bevormundende Arroganz, die ist unerträglich.

Frau Krimmling-Schoeffler

Herr Sehrndt, ich würde Sie wirklich bitten, sachlich zu bleiben.

Herr Sehrndt

Das ist sachlich.

Frau Krimmling-Schoeffler

Na ja, das kann man so und so sehen.

Herr Sehrndt

Sie haben zu Herrn Eigendorf ja auch nichts gesagt.

Ich muss einfach sagen, ich bin ja nicht auf alle Punkte eingegangen. Diese Kaufhalle, ich nenne das mal so, die passt genau in diese Ecke und die fehlt da. Da können Sie nicht daherkommen, jemand, der ein Grundstück besitzt, dem machen Sie eine Liste auf an Vorschriften, was er alles gefälligst nicht zu tun hat. Und wenn der Mann der Meinung ist, er will da 800 m² Kaufhalle machen, dann passt die dahin und die Leute sind sicherlich dort froh, dass sie auch eine Kaufhalle hinkriegen und nicht nur einen kleinen Kramladen. Gucken Sie gegenüber, diese Einzelhandelsgeschäfte, die stehen zum Teil leer.

So, dann ist noch was zum Baum zu sagen. Da muss ich auch noch was dazu sagen. Es ist einfach so aus meiner Sicht, die Verwaltung kennt das, muss ich da sagen: Gleiches Recht für alle.

Und das heißt in diesem Fall letzten Endes muss der Investor entscheiden, was dort passiert und was er bauen will. Ich kann Ihnen versichern, dass ich in meinem Lebensumfeld Bäume geschützt habe. Das muss ich nur mal so sagen, weil das jetzt alles so erzählt wird.

Und ansonsten lassen Sie es einfach sein, diese Art von schräg hinten die Leute so anzugehen und zu sagen, du kannst hierher ziehen und dann musst du die Miete niedrig machen und alles solche ein Dinge. Das wird das Stück zerreißen, dann haben wir weiter Grünanlagen.

Danke.

Frau Krimmling-Schoeffler

Gut, Herr Sehrndt war jetzt der letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt.

Da Herr Feigl jetzt EinzelpunktAbstimmung beantragt hat, was uns allen schon klar war, da würde ich jetzt wie gesagt es so machen, dass wir...

Wie viele Minuten Lüftungspause wollen wir machen? Zehn Minuten Lüftungspause.

Das heißt, Sie können auch nochmal den Kopf durchpusten lassen draußen. Wir treffen uns 18:08 Uhr wieder hier und gehen dann direkt ins Abstimmungsverfahren, genauso ist es. Also zehn Minuten Lüftungspause.

(Pause)

Herr Feigl

Ich bitte alle Teilnehmer, wieder auf ihren Platz zu kommen. Willkommen zurück.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 4.1.

Zunächst die Änderungsanträge. Ich würde Ihnen vorschlagen, wenn das... Der von den LINKEN ist der Weitestgehende, aha, okay. Gegenüber dem von der SPD, das habe ich auch so gesehen. Ich würde zunächst erstmal den Änderungsantrag der von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen lassen, danach den von den LINKEN und danach von der SPD. Findet das auch Ihre Zustimmung oder gibt es da Widerspruch? Dann machen wir das so.

Dann kommen wir zum Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir fangen an mit der EinzelpunktAbstimmung und stimmen zunächst über den Punkt a) ab. Da geht es um das Hinterhaus der Mansfelder Straße 59. Wer kann dem Änderungsantrag... Lassen Sie mich mal machen.

Also, ich frage die sachkundigen Einwohner: Wer kann dem Änderungsantrag im Punkt a) zustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. Ich sehe einen. Die Gegenstimmen. Drei. Und die Stimmenthaltungen. Dann wäre es mehrheitlich abgelehnt.

Und ich frage die Stadträtinnen und Stadträte wer kann Punkt a) zustimmen, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen Eins, zwei, drei, vier. Die Gegenstimmen. Eins, zwei, drei, vier, fünf. Und die Stimmenthaltungen. Bei zwei Stimmenthaltungen ist es mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt b). Da geht es um die kleinteiligen Verkaufsflächen anstatt großflächiger Einzelhandel. Die sachkundigen Einwohner: Wer kann dem Antrag so zustimmen, dem anderen Antragspunkt? Eins, zwei. Die Gegenstimmen. Eins, zwei, drei. Und die Stimmenthaltungen. Dann wäre es ebenso abgelehnt.

Und ich frage die Stadträtinnen und Stadträte: Wer kann dem Punkt so zustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. Eins, zwei, drei, vier. Die Gegenstimmen. Eins, zwei, drei, vier, fünf Gegenstimmen. Und die Stimmenthaltungen. Zwei Stimmenthaltungen. Dann wäre es mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt c) Verkehrserschließung. Ich frage zunächst die sachkundigen Einwohner: Wer kann dem zustimmenden? Den bitte ich um das Handzeichen. Eins. Die Gegenstimmen. Eins, zwei. Drei, vier. Und die Stimmenthaltungen. Dann wäre das mehrheitlich abgelehnt.

Und ich frage die Stadträtinnen Stadträte: Wer kann dem Punkt so zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. Eins, zwei, drei. Die Gegenstimmen. Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben. Und die Stimmenthaltungen. Dann ist das mehrheitlich abgelehnt.

Und wir kommen zu d) Grünplanung. Da geht es um die Photovoltaik. Wer kann dem so zustimmen? Die Sachkundigen zunächst. Eins, zwei, drei. Die Gegenstimmen. Zwei Gegenstimmen. Und die Stimmenthaltungen. Dann wäre dem so zugestimmt.

Ich frage die Stadträtinnen Stadträte: Wer kann dem zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben. Die Gegenstimmen. Zwei Gegenstimmen. Und die Stimmenthaltungen. Dann wäre dem Punkt mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu e) Erhalt des Großbaumes, die Kastanie. Ich frage zunächst die sachkundigen Einwohner: Wer kann dem Punkt zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. Eins. Die Gegenstimmen. Eins, zwei, drei, vier. Und die Stimmenthaltungen. Das wäre mehrheitlich abgelehnt.

Und ich frage die Stadträtinnen Stadträte: Wer kann dem Punkt zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. Eins, zwei, drei. Die Gegenstimmen. Eins, zwei, drei, vier, fünf. Und die Stimmenthaltungen. Bei zwei Stimmenthaltungen ist der Punkt auch mehrheitlich abgelehnt.

Dann kommen wir zum Änderungsantrag der LINKEN.

Ich frage zunächst die sachkundigen Einwohner: Wer kann dem Antrag so zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. Da sehe ich niemanden. Die Gegenstimmen. Und die

Stimmenthaltungen. Das haben wir auch noch nicht gehabt. Was ist denn das? Das wäre mit Patt abgelehnt, oder? Das ist mit Patt abgelehnt.

Dann frage ich die Stadträtinnen Stadträte: Wer kann dem Antrag der LINKEN folgen? Den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Zwei. Die Gegenstimmen. Eins, zwei, drei, vier, fünf. Nochmal. Eins, zwei, drei, vier, fünf Gegenstimmen. Und die Stimmenthaltungen. Zwei, vier Stimmenthaltungen. Damit wäre dem mehrheitlich nicht zugestimmt worden.

Und dann kommen wir zum SPD-Antrag.

Da frage ich auch zunächst die sachkundigen Einwohner: Wer kann dem Antrag so zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. Zwei, drei. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenthaltungen. Bei einer Stimmenthaltung ist dem mehrheitlich zugestimmt worden.

Und ich frage die Stadträtinnen und Stadträte: Wer kann dem SPD-Antrag zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. Eins, zwei, drei, vier. Die Gegenstimmen. Zwei Gegenstimmen. Und die Stimmenthaltungen. Fünf Stimmenthaltungen. Dann wäre dem mehrheitlich zugestimmt.

Und dann müssen wir noch die so geänderte Fassung in ihrer Gesamtheit abstimmen.

Dann frage ich zunächst die sachkundigen Einwohner: Wer kann der Vorlage so zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. Das sind drei. Die Gegenstimmen. Keine. Stimmenthaltungen. Dann bleibt es dabei. Das wäre mehrheitlich zugestimmt. Nein, einstimmig zugestimmt.

Ich frage die Stadträtinnen und Stadträte: Wer kann der Vorlage so zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenthaltungen. Zwei, vier, fünf Enthaltungen. Damit wäre der Vorlage einstimmig zugestimmt in ihrer geänderten Fassung.

Dann haben wir den Tagesordnungspunkt durch.

– Ende des Wortprotokolls –

zu 4.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier Tüchrähmen/ Mansfelder Straße - Aufstellungsbeschluss Vorlage: VII/2021/02452

Abstimmungsergebnis: zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 209 „Wohn- und Geschäftsquartier Tüchrähmen/ Mansfelder Straße“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 0,7 ha. Der aufzustellende vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 209 soll bei Inkrafttreten den Bebauungsplan Nr. 13 Teil 2 Baugebiet "Spitze" Teil 2, Mansfelder Straße / Ankerstraße in diesem Bereich ersetzen.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele **mit folgenden Ergänzungen und Änderungen bei den Planungszielen und –zwecken (Punkt 3 der Begründung, S. 6ff):**

d) Grünplanung, Umweltbelange und Klimaschutz

- *Integration von Dach- und Fassadenbegrünung sowie Photovoltaik auf dem Dach:* Zur Verbesserung der Regenwasserspeicherung und des Mikroklimas erfolgt eine großflächige Begrünung der Dachflächen und eine teilweise Begrünung der Fassaden im Bereich der Innenhöfe. **Auf den Dächern sorgen Photovoltaikanlagen für die lokale Erzeugung erneuerbarer Energie.**
 - ~~*Pflanzung von Großbäumen:* für den zu entfernenden Großbaum (Kastanie) werden acht Großbäume (Stammumfang 18/20 cm) gepflanzt (1 im Innenhof, 2 straßenbegleitend in der oberhalb der Böschung vorhandenen Grünfläche zwischen Tüchrrahmen und Flutgraben sowie 5 weitere vorzugsweise auf nahe gelegenen öffentlichen Flächen)~~
4. Das Planverfahren soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.
5. Die Stadt schließt mit dem Investor einen Durchführungsvertrag. Dieser Durchführungsvertrag regelt insbesondere die Bereitstellung von sozialem Wohnraum. So ist zu vereinbaren, dass zehn Prozent der Wohneinheiten für 15 Jahre zu einem Mietzins vermietet werden, der den aktuell gültigen Satz der Kosten der Unterkunft um nicht mehr als 20 Prozent übersteigen darf. Weiterhin ist zu vereinbaren, dass weitere fünf Prozent der Wohneinheiten für zehn Jahre zu einem Mietzins vermietet werden, der den aktuell gültigen Satz der Kosten der Unterkunft um nicht mehr als 20 Prozent übersteigen darf.

zu 4.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier Tüchrrahmen/ Mansfelder Straße – Aufstellungsbeschluss" (VII/2021/02452)
Vorlage: VII/2021/03371**

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunkt abstimmung

Punkt a)	mehrheitlich abgelehnt
Punkt b)	mehrheitlich abgelehnt
Punkt c)	mehrheitlich abgelehnt
Punkt d)	mehrheitlich zugestimmt
Punkt e)	mehrheitlich abgelehnt

Beschlussempfehlung:

1. Beschlusspunkt 3 wird wie folgt ergänzt:

„3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele **mit folgenden Ergänzungen und Änderungen bei den Planungszielen und –zwecken (Punkt 3 der Begründung, S. 6ff):**“

a) Städtebau:

- *Sanierung der Bestandsgebäude:* Erhaltung und denkmalgerechte Sanierung der Vorderhäuser Mansfelder Straße 58-60 **sowie des Hinterhauses Mansfelder Straße 59**

b) Nutzungsarten und –ziele:

- *Gemischte Nutzung als Wohn- und Geschäftsquartier*: Schaffung von Flächen für Wohnen für verschiedene Nutzergruppen und nicht-störendes Gewerbe (Büros, Dienstleistungen, ~~Discounters als Nahversorger~~, **kleinteilige Verkaufsfläche für Nahversorgung** max. 899m², Geschossfläche max. 4.199m²) in zentraler und sehr gut mit ÖPNV angebundener innerstädtischer Lage
- c) Verkehrerschließung:
 - ~~Verlagerung des ruhenden Pkw-Verkehrs weitgehend in das Innere des Baukörpers~~: Tiefgarage für Bewohner- und Kundenverkehr unter Berücksichtigung der besonderen Anforderungen der Hochwasservorsorge
 - **Umsetzung alternativer Mobilitätskonzepte und Verzicht auf die Errichtung einer eigenen Tiefgarage aufgrund der besonderen Gefährdung durch Hochwasserereignisse**
- d) Grünplanung, Umweltbelange und Klimaschutz
 - *Integration von Dach- und Fassadenbegrünung sowie Photovoltaik auf dem Dach*: Zur Verbesserung der Regenwasserspeicherung und des Mikroklimas erfolgt eine großflächige Begrünung der Dachflächen und eine teilweise Begrünung der Fassaden im Bereich der Innenhöfe. **Auf den Dächern sorgen Photovoltaikanlagen für die lokale Erzeugung erneuerbarer Energie.**
 - ~~Pflanzung von Großbäumen~~: für den zu entfernenden Großbaum (Kastanie) werden acht Großbäume (Stammumfang 18/20 cm) gepflanzt (1 im Innenhof, 2 straßenbegleitend in der oberhalb der Böschung vorhandenen Grünfläche zwischen Türrahmen und Flutgraben sowie 5 weitere vorzugsweise auf nahe gelegenen öffentlichen Flächen)
- e)
 - **Erhalt des vorhandenen Großbaumes (Rosskastanie)**

**zu 4.1.2 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage
Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier
Tüchräumen/ Mansfelder Straße - Aufstellungsbeschluss (Vorlagen-
Nummer: VII/2021/02452)
Vorlage: VII/2021/03440**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Beschlussvorschlag erhält einen Beschlusspunkt 5 mit folgendem Inhalt:

5. Die Stadt schließt mit dem Investor einen Durchführungsvertrag. Dieser Durchführungsvertrag regelt insbesondere die Bereitstellung von sozialem Wohnraum. So ist zu vereinbaren, dass zehn Prozent der Wohneinheiten für 15 Jahre zu einem Mietzins vermietet werden, der den aktuell gültigen Satz der Kosten der Unterkunft um nicht mehr als 20 Prozent übersteigen darf. Weiterhin ist zu vereinbaren, dass weitere fünf Prozent der Wohneinheiten für zehn Jahre zu einem Mietzins vermietet werden, der den aktuell gültigen Satz der Kosten der Unterkunft um nicht mehr als 20 Prozent übersteigen darf.

zu 4.1.3 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 209 Wohn-und Geschäftsquartier Tuchrähmen/ Mansfelder Straße - Aufstellungsbeschluss (VII/2021/02452)**
Vorlage: VII/2021/03452

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Beschlusspunkt ergänzt:

5. Zwanzig Prozent der Wohneinheiten sollen für mindestens 15 Jahre zu einem Nettokaltmietpreis bereitgestellt werden, der die Höhe des jeweils aktuellen KdU-Richtwerts plus 20 Prozent nicht übersteigt. Dazu schließt die Gemeinde mit dem Vorhabenträger einen Städtebaulichen Vertrag ab (§11 BauGB Abs. 1.2.).

zu 4.2 **Baubeschluss Fluthilfemaßnahme HW261 Saale-Radwanderweg
Pulverweiden - Rabeninselbrücke**
Vorlage: VII/2021/03117

Frau Trettin führte anhand einer Präsentation in die Vorlage ein.

Die Präsentation wurde in Session hinterlegt.

Herr Dreher führte in den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein und bat um Zustimmung.

Frau Dr. Kreuzfeldt führte in den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein und bat um Zustimmung.

Frau Trettin wies darauf hin, dass die Antwort der Verwaltung zu den Änderungsanträgen bis zur nächsten Stadtratssitzung vorliegen werden.

Herr Schied sprach sich mit Hinblick auf mögliche Hochwasserszenarien gegen eine Asphaltdeckschicht und für eine wassergebundene Wegedecke mit einem nachhaltigen Aufbau aus.

Herr Dreher erklärte, dass an dieser Stelle keine Asphaltdecke notwendig ist, da durch die vorhandenen Brücken eine Begrenzung von Fahrzeugen bis zu 12 t vorgegeben wird und dort kein erheblicher Lkw-Verkehr verzeichnet wird. Zudem wies er darauf hin, dass es sich bei der Rabeninsel um ein Naturschutzgebiet und FFH-Gebiet handelt.

Herr Dreher strich die Formulierung „analog zum Wegeausbau auf der Rabeninsel“ auf dem Beschlussvorschlag des Änderungsantrages.

Herr Streckenbach stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung, um in einer nächsten Sitzung auf Basis der bis dahin vorliegenden Antwort der Verwaltung zu diskutieren.

Herr Feigl bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 261 – Saale-Radwanderweg Pulverweiden – Rabeninselbrücke entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

**zu 4.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage „Baubeschluss Fluthilfemaßnahme HW261 Saale-
Radwanderweg Pulverweiden – Rabeninselbrücke“ (VII/2021/03117)
Vorlage: VII/2021/03433**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorlage wird mit folgender Änderung in Zusammenfassende Sachdarstellung und Begründung, Kapitel 1 Anlass der Planung / Entwicklungsziele beschlossen:
Die Ausgestaltung des Saale-Radwanderwegs Pulverweiden - Rabeninselbrücke erfolgt nicht mit einer Asphaltdeckschicht, sondern in Form einer wassergebundenen Wegedecke analog zum Wegeausbau auf der Rabeninsel.

**zu 4.2.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum
"Baubeschluss Fluthilfemaßnahme HW261 Saale-Radwanderweg
Pulverweiden – Rabeninselbrücke" (VII/2021/03117)
Vorlage: VII/2021/03453**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung wird um folgenden Satz ergänzt:

„Auf den Bau der zwei in der Entwurflösung enthaltenen Ausweichstellen wird verzichtet.“

Die zusammenfassende Sachdarstellung und Begründung sowie die Planzeichnungen werden entsprechend überarbeitet.

**zu 4.3 Satzung über die teilweise Aufhebung des Sanierungsgebietes Nr. 2
Vorlage: VII/2021/03244**

Herr Braunschweig führte anhand einer Präsentation in die Vorlage ein.

Die Präsentation wurde in Session hinterlegt.

Da es keine Wortmeldungen gab, bat **Herr Feigl** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des § 162 Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die in der Anlage 1 beigefügte Satzung der Stadt Halle (Saale) über die teilweise Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Nr. 2 „Altindustriestandorte Merseburger Straße mit dem Gründerzeitviertel Südliche Vorstadt“.
2. Der Geltungsbereich der Aufhebungssatzung umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss im Lageplan vom 21.10.2021 dargestellten Flächen und in der Anlage 3 in der Flurstücksliste vom 21.10.2021 aufgeführten Grundstücke und Grundstücksteile
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung dargestellte Begründung zur Teilaufhebung.

**zu 4.4 Verlängerung der Sanierungssatzung Nr. 2 im Teilgebiet B
Vorlage: VII/2021/03246**

Herr Braunschweig führte anhand einer Präsentation in die Vorlage ein.

Die Präsentation wurde in Session hinterlegt.

Da es keine Wortmeldungen gab, bat **Herr Feigl** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, den Durchführungszeitraum der rechtskräftigen Sanierungssatzung „Altindustriestandorte Merseburger Straße mit dem Gründerzeitviertel Südliche Vorstadt“ gemäß § 142 Abs. 3 Satz 4 BauGB über den gemäß § 235 Abs. 4 BauGB gesetzlich festgelegten Zeitraum, datiert mit dem 31.12.2021, für das „Teilgebiet B“ um fünf Jahre bis zum 31.12.2026 zu verlängern.
2. Der Geltungsbereich des „Teilgebietes B“, für das eine Verlängerung des Durchführungszeitraums beschlossen wird, ist in der Anlage 1 zu diesem Beschluss im Lageplan vom 21.10.2021 dargestellt, die betroffenen Grundstücke und Grundstücksteile sind in der Anlage 3 Flurstücksliste vom 21.10.2021 aufgeführt.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung dargestellte Begründung zur Verlängerung des Durchführungszeitraumes.

**zu 4.5 Verwendung der Mittel gemäß § 8 und § 9 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt (ÖPNVG LSA) für das Jahr 2022, die Höhe der Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die Mehraufwendungen im Stadtbahnprogramm
Vorlage: VII/2021/03345**

Herr Roesler führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung.

Da es keine Wortmeldungen gab, bat **Herr Feigl** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, die Verwendung der Mittel gemäß § 8 und § 9 ÖPNVG LSA, die Höhe des Ausgleiches verbundbedingter Belastungen und die Mehraufwendungen im Stadtbahnprogramm.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Radverkehrssituation im Kreuzungsbereich Paul-Suhr-Straße / Freyberger Straße / Karlsruher Allee
Vorlage: VII/2021/03202**

Herr Feigl tauschte den Ausschussvorsitz mit der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, **Frau Winkler**.

Herr Feigl brachte den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bat um Zustimmung.

Frau Foerster sagte, dass die Straßenverhältnisse der Stadtverwaltung bekannt sind und eine Begehung des Kreuzungsbereiches erfolgt ist. Sie wies auf mögliche Lösungen hin, die jedoch nicht einfach umzusetzen und zudem kostenaufwendig wären.

Sie erklärte außerdem, dass dieser Kreuzungsbereich Bestandteil des Stadtbahnprogrammes dritte Stufe ist und im Zuge der Umsetzung dieser Maßnahme die Möglichkeit besteht, entsprechende Querschnitte und eine gesicherte Radverkehrsführung zu schaffen.

Herr Feigl bat darum, den Antrag als Prüfauftrag aufzunehmen und die Ergebnisse in drei Monaten im Planungsausschuss darzustellen.

Herr Streckenbach erkundigte sich nach der Verkehrsunfallstatistik für den benannten Bereich.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Winkler** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die bauliche Situation im Kreuzungsbereich Paul-Suhr-Straße / Freyberger Straße/ Karlsruher Allee zu überprüfen und dem Stadtrat Maßnahmen vorzuschlagen, um den Radverkehr im Kreuzungsbereich sicherer zu führen.

zu 5.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur schrittweisen Integration von smarter Beleuchtung im öffentlichen Raum Vorlage: VII/2021/03204

Frau Dr. Kreuzfeldt brachte den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein und bat um Zustimmung.

Frau Foerster wies darauf hin, dass es sich bei dem bezeichneten Parkplatz zwar um ein städtisches Grundstück, jedoch nicht um einen öffentlichen Verkehrsraum handelt. Die Straßenbeleuchtung betrifft grundsätzlich den öffentlichen Verkehrsraum. Sie verwies außerdem auf die Antwort der Verwaltung, die in Session hinterlegt wurde.

Frau Krimmling-Schoeffler regte an, einen Vertreter der Stadtwerke Halle zur Beratung des Antrages in den Ausschuss einzuladen, um über bisherige und künftige Maßnahmen in Hinblick auf smarte Beleuchtung zu berichten.

Herr Rebenstorf schlug vor, eine Abstimmung mit den Stadtwerken vorzunehmen und die Thematik in der nächsten Ausschusssitzung zu beraten.

Herr Feigl vertagte den Antrag auf die Sitzung im Januar. Er wies außerdem darauf hin, dass es bei dieser geplanten Maßnahme nicht um die Senkung der Strompreise geht, sondern darum, die Ziele des Klimaschutzes in Bezug auf Lichtverschmutzung umzusetzen.

Herr Feigl nahm im Anschluss seinen Platz als Ausschussvorsitzender wieder ein.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken geeignete Standorte zu ermitteln, an denen smarte Beleuchtung in den Bestand öffentlicher Beleuchtungstechnik integriert werden kann. Die Ergebnisse sind dem Stadtrat im Frühjahr 2022 vorzulegen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

Frau Dr. Wünscher kritisierte, dass die Mitteilungen nicht vor der Sitzung im Sitzungsdienst Session eingestellt wurden, und bat darum, dies für die Zukunft zu beachten.

zu 7.1 **Aktueller Stand Straßenbauprojekte**

Frau Foerster informierte über den aktuellen Stand der Straßenbauprojekte.

Die Präsentation wurde in Session hinterlegt.

zu 7.2 **Vertiefungsbereiche Strukturkonzepte Silberhöhe**

Frau Georg informierte über Vertiefungsbereiche Strukturkonzepte Silberhöhe.

Die Präsentation wurde in Session hinterlegt.

Herr Feigl regte an, dass Strukturprojekte im Rahmen einer Beschlussfassung im Fachausschuss zu beraten und nicht nur als Informationsvorlage eingebracht werden.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung der Anregung zu.

zu 7.3 **Teilnahme der Stadt Halle (Saale) am EU-Förderprogramm LEADER/CLLD**

Frau Trettin informierte über die Teilnahme der Stadt Halle (Saale) am EU-Förderprogramm LEADER/CLLD.

Die Präsentation wurde in Session hinterlegt.

Herr Feigl bat um eine laufende Mitteilung zu dieser Thematik im Ausschuss.

zu 8 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

zu 8.1 **Frau Krimmling-Schoeffler zum EU-Förderprogramm LEADER/CLLD**

Frau Krimmling-Schoeffler bezog sich auf die Mitteilung unter TOP 7.3 und die benannten zwei Personalstellen, die gebunden werden sollen. Sie fragte, wie diese Stellenbesetzung erfolgt und ob das Personal an anderer Stelle im Fachbereich eingespart wird.

Frau Trettin sagte, dass eine Personalstelle anhand der freien Kapazitäten im Fachbereich zugeteilt wurde und die zweite Stelle zur Fördermittelbewirtschaftung neu eingerichtet, ausgeschrieben und besetzt werden muss.

zu 8.2 **Frau Winkler zur Bebauung in der Saalwerderstraße**

Frau Winkler bezog sich auf eine Anfrage aus dem Planungsausschuss vom 10.11.2021 zu einem Grundstück in der Saalwerderstraße 5 in Trotha mit Tiefgarage für zwölf PKW. Sie fragte, ob dies im Sinne des Geltungsbereiches der Erhaltungssatzung Nr. 34 ist.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.3 Herr Schied zur Richtlinie zur Förderung von Lastenfahrrädern

Herr Schied bezog sich auf die Förderung von Lastenfahrrädern und fragte, wann eine Richtlinie dazu in den Stadtrat eingebracht wird.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung zu.

zu 8.4 Herr Streckenbach zu Fluthilfemaßnahmen

Herr Streckenbach bezog sich auf eine schriftliche Anfrage zu Fluthilfemaßnahmen und die dazu erfolgte Antwort der Verwaltung. Er fragte, warum die Hochwassermaßnahme 273 (Saaleradweg Böllberger Weg) als gefährdet eingestuft wurde.

Frau Trettin sagte, dass ein Kostenaufwuchs in Höhe von 2 Mio. Euro verzeichnet wurde. Eine Beantragung dieser Mittel ist bereits erfolgt, jedoch steht die Bewilligung noch aus.

Herr Rebenstorf wies darauf hin, dass dies die einzige Maßnahme ist, zu der die Stadtverwaltung noch keinen Erhöhungsbescheid erhalten hat und darin der Unterschied zu allen anderen Fluthilfemaßnahmen besteht.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Frau Winkler zur Schleiermacherstraße

Frau Winkler regte an, die Straßendecke der Schleiermacherstraße zwischen der Robert-Blum-Straße und der Willy-Lohmann-Straße wieder instand zu setzen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Herr Feigl** die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Christian Feigl
Ausschussvorsitzender

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin